

Dem Kantonsblatt vom 7. Dezember 2011 konnte entnommen werden, dass das Bau- und Verkehrsdepartement im Auftrag der Regierung einen Projektwettbewerb für den Neubau einer Poliklinik der KJPK (Kinder- und Jugendpsychiatrische Kliniken) ausschreibt. Die KJPK sind heute auf 7 Standorte verteilt. Aus der Ausschreibung geht hervor, dass der Neubau vor allem auf Grund der Zusammenlegung der einzelnen Standorte beschlossen wurde. Der Neubau soll auf dem Areal der UPK an der Friedrich Miescher-Strasse zu stehen kommen.

Diverse Verbände, Organisationen und Fachpersonen haben auf diese Ankündigung mit Verwunderung reagiert. Offenbar wurde weder die MedGes, die Fachgruppe Psychiatrie Basel noch die Vereinigung der frei praktizierenden Kinder- und Jugendpsychologen über diesen Schritt informiert und auch nicht in die Diskussion über den Standort einbezogen. Die Diskussion um die Zusammenlegung der einzelnen Standorte zu einem Kompetenzzentrum ist schon seit langem in Gange, insbesondere auch im Zuge des UKBB Neubaus wurde die Frage mehrfach aufgeworfen. Damals diskutierte man die Verlegung der KJPK oder Teile davon in die Nähe des UKBBs, da eine direkte Integration nicht möglich war.

In Zusammenhang mit der jetzigen Ausschreibung und der Fixierung des Standorts stellen sich folgende Fragen.

1. Warum wurden die Fach- und Berufsverbände nicht durch das GD in diesen Entscheid, einen Neubau auf diesem Areal zu bauen, miteinbezogen?
2. Welche anderen möglichen Standorte wurden geprüft oder in Betracht gezogen?
3. Würde aus Sicht des Regierungsrates ein Standort in unmittelbarer Nähe des UKBBs oder zumindest innerhalb der Stadt, der für die betroffenen Familien einfach und rasch erreichbar ist, nicht auch mehr Sinn machen?
4. Der gewählte Standort befindet sich auf dem Areal der UPK. Wie äussert sich der Regierungsrat in diesem Zusammenhang in Bezug auf:
 - a) Die Erreichbarkeit und Anbindung an den ÖV, die insbesondere für Tages- oder Nachtpatienten und Besucher wichtig ist?
 - b) Die Umgebung des Standorts, die aus Industriearealen, Strassen, sowie wenig Grünflächen und ruhigen Rückzugsmöglichkeiten besteht?
 - c) Die Nähe zur UPK und den dortigen erwachsenen Patient/innen?
5. Warum wurde dieser Entscheid vom GD nicht pro aktiv kommuniziert, insbesondere bei den bereits angesprochenen Fachgremien und Interessensverbänden?

Salome Hofer